

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Kamin für Rauchgasreinigung bei KVA-Buchs

Die liechtensteinische Forderung nach Einbau einer Rauchgasreinigungsanlage wird in die Tat umgesetzt

Die Forderungen der liechtensteinischen Gemeinden und des Landtags nach Einbau einer Rauchgasreinigungsanlage in der Kehrichtverwertungsanlage Buchs (KVA) beginnen Früchte zu tragen. Gestern wurde mit der Installation des Rauchgaskamins begonnen, womit ein sichtbares Zeichen gesetzt ist, dass die Rauchgase, die bis anhin nur teilweise gefiltert wurden, künftig von den schädlichen Stoffen weitgehend gereinigt werden. Verlaufen die Arbeiten planmässig, so ist im Sommer dieses Jahres mit der Inbetriebnahme oder Rauchgasreinigung zu rechnen.

Vor rund einem Jahr haben die Delegierten des Vereins für Abfallbeseitigung (VfA), dem 17-Gemeinden der benachbarten st. gallischen Region sowie die 11 liechtensteinischen Gemeinden angehören, den Beschluss gefasst, eine Rauchgasreinigungsanlage einzubauen. Mit einem Kostenaufwand von 8,5 Millionen Franken wird damit eine Forderung verwirklicht, die von den liechtensteinischen Gemeinden schon seit Jahren gestellt wird. Damit ist die Frage der Rauchgasreinigung gelöst, während die Frage der Deponierung der Rückstände aus der Rauchgasreinigung noch immer einer definitiven Lösung harret.

### Druck des Landtags

Der Verein für Abfallbeseitigung, in dem die elf liechtensteinischen Gemeinden die Minderheit darstellen, liess sich nur unter politischem Druck dazu bewegen, einem Einbau einer Rauchgasreinigung innert einer bestimmten Zeit zuzustimmen. Auch der liechtensteinische Landtag übte im Jahre 1983 Druck aus, indem er die Gewährung einer Subvention an die Gemeinden für die Erweiterung der Ofenanlage in Buchs nur unter dem Vorbehalt vornahm, dass der «Einbau einer zusätzlichen, dem heutigen Stand der Technik entsprechenden Rauchgaswaschanlage» vorgenommen werde. Als Zeitpunkt forderte der Landtag damals die Inbetriebnahme bis Ende 1986.

## Regionalkonferenz der Fremdenpolizeichefs

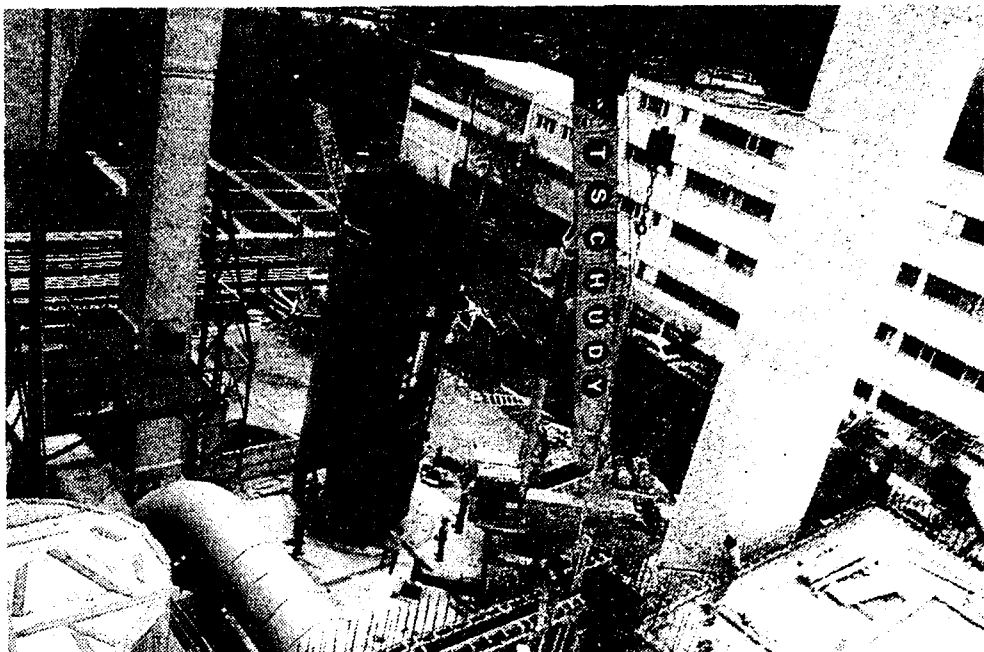
Malbun Tagungsort

(pafl) - Am Donnerstag und Freitag, 4./5. Juni 1987 treffen sich die Fremdenpolizeichefs und ihre Stellvertreter der ostschweizerischen Kantone und des Fürstentums Liechtenstein in Malbun zur diesjährigen Regionalkonferenz, die heuer turnus-gemäss in Liechtenstein abgehalten wird. Im Mittelpunkt der zweitägigen Konferenz, an der auch Vertreter des Bundesamtes für Ausländerfragen, des Delegierten für das Flüchtlingswesen und des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes anwesend sind, steht die Koordination verschiedener Sachfragen und drei Kurzreferate, die vom Direktor des Bundesamtes für Ausländerfragen, lic. iur. Alexandre Hunziker, vom Stellvertreter des Delegierten für das Flüchtlingswesen, Urs Hadorn, sowie vom Chef des Beschwerdedienstes des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, Dr. Hugo Schär, gehalten werden.

Wir kaufen seit 1975 über 58.000 Forderungen im Wert von SFR 130 Millionen

**ALLGEMEINE VERMÖGENS-VERWALTUNGS AG**  
FL-9490 Vaduz, Spaniahof  
Tel.: 075 / 2 90 92 Serie

Factoring ist eine Sache von Erfahrung und Kapital



Gestern wurde bei der Kehrichtverwertungsanlage Buchs der Kaminbau für die Rauchgasreinigungsanlage installiert. Unser Bild zeigt den Aufbau des vorfabrizierten Teils auf die Anlage, die ab Sommer dieses Jahres ihre Rauchgase wesentlich gereinigt an die Umwelt abgeben wird. (Bild: Brigitt Risch)

### Weitere Auflagen

Doch die Forderung nach einer Rauchgasreinigungsanlage war nicht die einzige Auflage, die der Landtag damals den Gemeinden als Mitglieder des Vereins für Abfallbeseitigung machte. Das Parlament forderte ein Konzept für die Übernahme und Unterbringung von Spezialabfällen wie Kehrichtverbrennungsrückstände, Hydroxidschlamm aus der Industrie oder Abscheidegut aus Strassensammlern und Ölabscheidern, also von Abfällen, die nicht verbrannt werden können. Im weiteren stellte der Landtag die Forderung auf, ein Konzept zu einer umfassenden Abfallbeseitigung und Ab-

fallbewirtschaftung «unter Berücksichtigung der weitestgehenden Schonung der Umwelt und Ressourcen und der wirtschaftlichen Belange» zu erstellen. Und schliesslich forderte er, dass keine Übernahme von Müll von ausserhalb des jetzigen Verbandsgebiet vorgenommen werden, auch wenn die zu gross konzipierte Ofenanlage nicht ganz ausgelastet sei.

### Offen Fragen zur Deponie

Mit Ausnahme der Rauchgasreinigungsanlage, die sich im Bau befindet, ist noch keine dieser Forderungen bislang gelöst worden. Teilweise befinden sich verschiedene Fragen in Abklärung, doch konkrete Ergebnisse wurden nicht veröf-

## Keine unmöglichen Forderungen, sondern Vorschläge

Grünbuch der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz als Bekenntnis zu einer Alternative

Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) hat - wie in der gestrigen Ausgabe kurz berichtet - ein sogenanntes «Grünbuch» veröffentlicht und Regierungschef Hans Brunhart sowie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille die ersten Exemplare der Schrift überreicht. Das Grünbuch enthält, wie Vertreter der LGU an einer Pressekonferenz erklärten, «Vorstellungen eines Massnahmenkatalogs zum Schutze unserer Umwelt und zum Schutz unseres Waldes im besonderen». Das «Grünbuch» soll in der zweiten Junihälfte allen Haushaltungen in unserem Land zugestellt werden.

Vor der Pressekonferenz überreichte LGU-Präsident Dr. Peter Goop an Regierungschef Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Wille die ersten Exemplare des «Grünbuchs», das «nichts Unmögliches, aber Überlebensnotwendiges» enthält. Der LGU-Präsident drückte bei der Übergabe der Schrift seine Hoffnung aus, dass in kurzer Zeit möglichst viele der Forderungen und Vorschläge erfüllt würden. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille als zuständiger Ressortinhaber für Umweltschutz erklärte, dass die nahezu hundert Anregungen eine ressortübergreifende Angelegenheit darstellten, also nicht alle im Ressort Umwelt behandelt und erledigt werden könnten.

### Keine Konfrontation

Das auf Umweltschutzpapier gedruckte und vom Atelier Louis Jäger mit vielen Zeichnungen illustrierte «Grünbuch» enthält Vorstellungen von Massnahmen zum Schutz der Luft, der Erde und des Wassers, begleitet von Vorschlägen zur Energiefrage, der Abfallbeseitigung und der Umwelterziehung, stellt also, wie LGU-Präsident Dr. Peter Goop ausführte, eine Art Standortbestimmung dar, gleichzeitig aber auch eine «Bekenntnis zu einer Alternative». Goop unterstrich jedoch, dass die LGU damit keine Konfrontation beabsichtige, sondern zur Lösung der Um-

weltfragen durch Anregungen, Vorschläge und Forderungen beitragen möchte.

### Keine Verzögerungen

Auf die Frage, ob in der Vergangenheit im politischen Bereich dem Umweltschutz zu wenig Beachtung geschenkt worden sei, erklärte LGU-Mitglied Gebhard Frick an der Pressekonferenz, teilweise seien die Arbeiten tatsächlich zu lange hinausgeschoben worden. Als Beispiel nannte er die Forderung nach einer Landwirtschaftszone, die von der Regierung während Jahren nicht beachtet worden und dann in einem Bericht als nicht realisierbar bezeichnet worden war. Dr. Jochen Hadermann ergänzte dazu, dass viele Entscheidungen möglichst rasch getroffen werden sollten, weil sonst die Gefahr bestehe, dass die Schäden in der Umwelt nicht mehr reparabel seien. Nach seiner Auffassung gilt es, im Bereich des Umweltschutzes die Vorteile des Klein-

## Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft

Entscheidung des Staatsgerichtshofes gegen Gewerbe-genossenschaft

Die Gewerbe- und Wirtschaftskammer unseres Landes geht schweren Zeiten entgegen, sofern das Urteil des Staatsgerichtshofes über die Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft Rechtskraft erlangt. Der Staatsgerichtshof hat, wie die Gewerbe- und Wirtschaftskammer in einem knappen Schreiben mitteilte, den Gesetzesartikel über die Zwangsmitgliedschaft als verfassungswidrig aufgehoben. Gegen diese Entscheidung hat die Gewerbe- und Wirtschaftskammer, obwohl nicht direkt am Verfahren beteiligt, aber doch am meisten betroffen, das Rechtsmittel der Vorstellung ergriffen.

Das Gesetz über die «Errichtung einer Gewerbe-genossenschaft» besteht bereits seit dem Jahre 1936, und seit dieser Zeit muss jeder Gewerbetreibende zwangsläufig der Gewerbe-genossenschaft als Mitglied angehören, wobei die Verpflichtung besteht, an die Genossenschaft einen jährlichen Beitrag zu bezahlen. Gegen diese Entscheidung der Gewerbeumlage klagte ein in zwischen verstorbener Gewerbetreibender - und erreichte beim Staatsgerichtshof, dass dieser die Zwangsmitgliedschaft als verfassungswidrig erklärte.

Der Staatsgerichtshof hatte sich in einem Gutachten vor einigen Jahren auf den Standpunkt gestellt, die Zwangsmitgliedschaft sei im Einklang mit der Verfassung. Doch nun fällt er seine Entscheidung gegen diese damalige Auffassung. Sein Urteil stützt der Staatsgerichtshof auf die Ansicht, für eine Zwangsmitgliedschaft bestehe kein hinreichendes öffentliches Interesse. Im weiteren sei die angeordnete Zwangsmitgliedschaft nicht verhältnismässig, es bestehe keine Notwendigkeit, die in den Statuten der Gewerbe-genossenschaft aufgezählten wirtschaftspolitischen Ziele mit einer Zwangsmitgliedschaft zu verfolgen.

Die Gewerbe- und Wirtschaftskammer, die von der Regierung über diese Entscheidung unterrichtet wurde, hat gegen das Urteil des Staatsgerichtshofes die Vorstellung ergriffen.

Wie Regierungsrat René Ritter als Ressortinhaber für Wirtschaft am Pressegespräch erklärte, bestehen Kontakte mit den Vertretern der Gewerbe- und Wirtschaftskammer. Die Regierung sei jedoch nicht in der Lage, weitere Schritte zu unternehmen.

fentlich. Auch für die Rückstände aus der Rauchgasreinigung, die umweltgerecht gelagert werden müssen, besteht noch kein Endkonzept, sondern es wurden bisher erst Zwischenlösungen angeboten. Der nun installierte Kamin ist wohl ein wichtiger Schritt, doch sind noch weitere, ebenso wichtige Schritte zu tun, um die Probleme mit der KVA Buchs zu lösen. (G.M.)

## Aids-Kampagne: Bald kommt sie

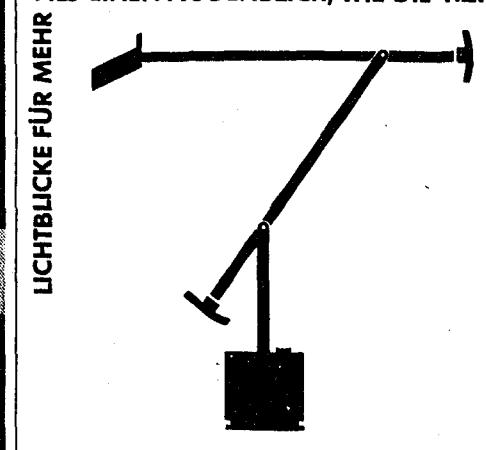
Nachdem der angekündigte Termin für den Beginn der liechtensteinischen Aids-Kampagne verstrich, ohne dass die Bevölkerung informiert worden wäre, hat Regierungsrat Dr. Peter Wolf nun den Beginn der Aufklärungskampagne auf den laufenden Monat festgelegt. Die dafür eingesetzte Arbeitsgruppe werde sich dieser Tage abschliessend mit den Vorschlägen befassen. Anschliessend soll die Kampagne in unserem Land anlaufen.

## Fahrplanumstellung: Keine Probleme gegeben

Die Umstellung auf den neuen Fahrplan für die Postautos, die am vergangenen Sonntag, den 31. Mai vorgenommen wurde, hat keine Probleme verursacht. Dies erklärte Regierungsrat Wilfried Büchel beim Pressegespräch am Dienstag. Nach seinen Erklärungen bei den zuständigen Stellen ist die Umstellung reibungslos vor sich gegangen.

Die neuen Fahrpläne brachten eine wesentliche Ausweitung des Angebotes mit sich. Insgesamt wurde das Fahrangebot der Postautos um rund 20 Prozent gesteigert. Diese Verbesserungen umfassen einerseits mehr Postauto-Kurse auf allen Strecken, teilweise sogar einen Taktfahrplan auf den Hauptstrecken. Auf der anderen Seite werden die Ortschaften an der Peripherie bedeutend öfter angefahren. Und schliesslich ist das Angebot an Fahrten am späteren Abend wesentlich erweitert worden.

ALS EINEN AUGENBLICK, WIE DIE TIZIO.



9494 Schaan Bahnhofstrasse 16 **WOHNEN**



Dr. Peter Goop, der Präsident der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz, überreicht Regierungschef Hans Brunhart (Mitte) und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille ein erstes Exemplar des «Grünbuchs» (Bild: Brigitt Risch)